

ZUSAMMENFASSUNG

Gegenstand dieser Arbeit sind die Parlamentswahlen im Jahr 1946, einem der Wendepunkte in dem Prozess der Abschaffung der Einparteienherrschaft in der Türkei. Die Wahlen von 1946 waren die ersten Mehrparteienwahlen in der Geschichte der türkischen Republik und sind aufgrund des Drucks während des Wahlprozesses und der Reaktionen auf diesen Druck von historischer Bedeutung. Andererseits haben die Dynamiken des Demokratisierungsprozesses, der mit dieser Wahl eingeleitet wurde, zu Auseinandersetzungen geführt. Im ersten Kapitel dieser Arbeit werden die internen und externen Dynamiken des Übergangsprozesses zum Mehrparteiensystem im Rahmen dieser Auseinandersetzungen untersucht.

Häufig wird versucht, die osmanisch-türkischen verfassungsrechtlichen Entwicklungen durch externen Druck und Beeinflussung zu erklären. Auch in den Analysen der Dynamiken des Übergangsprozesses zum Mehrparteiensystem begegnet man Meinungen, die das Hauptaugenmerk auf den externen Druck legen. Wenn man jedoch die innen- und außenpolitische Konjunktur der damaligen Zeit als Ganzes betrachtet, erkennt man, dass die internen Dynamiken beim Übergang zum Mehrparteiensystem überwiegen. Da sich zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformen, welche die Einparteienherrschaft nicht realisieren konnte, die negativen Auswirkungen der Kriegswirtschaft gesellten, hat sich in der Nachkriegszeit eine breite Opposition gebildet, die mit der Funktion des Systems in höchstem Maße unzufrieden war. Diese gesellschaftliche Struktur hat sich in einer politischen Organisation materialisiert, die ihre Forderungen kundgetan hat. Dass in dieser Phase im Zusammenhang mit den externen Dynamiken der „Demokratiebegriff“ in der Welt aufkam, hat dazu beigetragen, dass die gesellschaftlichen Forderungen auf dem politischen Parkett wahrgenommen wurden, und diesen Prozess sogar gefördert. Kurz gesagt, die internen Dynamiken haben den Demokratisierungsprozess eingeleitet und die externen Dynamiken haben ihn gefördert.

Im zweiten Kapitel der Arbeit wird das demokratische Wesen der Wahlen von 1946 diskutiert. In diesem Zusammenhang werden der Prozess, der mit der Entstehung einer Oppositionsbewegung innerhalb der Republikanischen Volkspartei (CHP) beginnt, und die Gründungs- und Entwicklungsphasen der Demokratischen Partei (DP) behandelt. Die in der Entwicklung befindliche Oppositionsbewegung innerhalb der CHP ist zwangsläufig aufgrund des Einparteiensystems entstanden. Später hat sich auf Initiative führender Mitglieder der CHP eine separate politische Struktur gebildet. Insbesondere die gegenseitige Toleranz und Interaktion in dem Gründungsprozess der neuen Partei hat zu Behauptungen geführt, dass die DP eine Scheinpartei wie Freie Republikanische Partei (SCF) sei. Vielleicht hat die CHP eine solche Zusammenarbeit geplant. Aber die Entwicklung der Ereignisse sprechen dagegen. Die DP entwickelte sich zu einer ernst zu nehmenden Opposition und wurde von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützt. Die CHP-Führung, die sich dessen bewusst war, zog die allgemeinen Wahlen mit einem politischen Manöver um ein Jahr vor, um die DP unvorbereitet zu treffen, bevor sie sich richtig organisieren konnte.

Der Prozess in Bezug auf die allgemeinen Wahlen am 21. Juli 1946, die Wahlen selbst und die Zeit nach den Wahlen weist elementare demokratische Schwächen auf. Die politische Propaganda der DP wurde in bedeutendem Maße behindert und hat die Staatsbeamten des Verwaltungsapparates auf die DP-Führung und die Bürger Druck ausgeübt. Die Äußerungen einiger Mitglieder der CHP-Führung zwecks Beendigung dieser misslichen Lage habenden undemokratischen Verlauf des Wahlprozesses nicht aufhalten können. Die fehlende richterliche Kontrolle der Wahlausschüsse und der Ausnahmezustand sind weitere wichtige negative Aspekte, die in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden müssen. Infolgedessen wurden die Wahlen von 1946 als Skandal bezeichnet. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Beschwerden und Behauptungen bezüglich der Wahl nicht von einer unparteiischen und unabhängigen Stelle untersucht wurden.

Die Teilnahme der DP trotz dieser negativen Aspekte an den Wahlen und ihr Einzug in das Parlament führen dazu, dass die Türkei Jahre später Zeuge eines erbitterten Gefechts und Konkurrenzkampfes zwischen der Regierung und der Opposition wird. In dem Prozess, der zu den Wahlen von 1950 führt, ereigneten sich heftige Auseinandersetzungen und Spannungen. Aber man darf den langfristigen Nutzen dieser Auseinandersetzungen und Spannungen, die in einem demokratischen politischen Regime unvermeidlich sind, für die Entwicklung des Systems nicht außer Acht lassen. Die demokratische politische Tradition, die sich vor 1950 entwickelt hat, hat zweifellos zum problemlosen

Ende des Einparteiensystems im Jahre 1950 und zur friedlichen Regierungsübernahme der DP beigetragen.